

Haushalt 2006

„Markt oder Macht?“

oder

„Je mehr Gesetz, desto weniger Recht“ (Deutsches Sprichwort)

Meine Damen und Herren,

„Ich würde am liebsten einen Erlass machen, in dem nur ein einziger Satz steht: Es treten alle Erlasse außer Kraft, deren Aktenzeichen ohne Rest durch drei teilbar ist. Was würde passieren? Es verschwänden wahrscheinlich 500 Vorschriften, die vorher schon niemand gekannt hat. Auf der anderen Seite wären vielleicht 2 Erlasse betroffen, die wirklich wichtig sind. Innerhalb von 14 Tagen würde man das merken und sie wieder in Kraft setzen.“ (Roman Herzog im SPIEGEL 3/2005)

Stellen Sie sich vor, ein Unternehmen stellt ein Produkt her, das nach allgemeinem Bekunden nicht mehr gebraucht wird. Zwar ist dieses Unternehmen sehr bekannt, doch nur 4 % der Kunden vertrauen seinen einzelnen Abteilungen (Studie TU Dresden, März 2005). Dieses Unternehmen ist aber offenkundig nach eigener Einschätzung nicht in der Krise.

Es entlässt keine Mitarbeiter, sondern erhöht noch deren Bezüge. Sie meinen, das gibt es nicht? Doch, das tut es. Vielfach, in ganz Deutschland. Es ist – der Gesetzgeber. Nicht, dass man grundsätzlich etwas gegen ihn hätte: Wenn er spricht, ergötzen sich die Ohren an seinen Worten, wenn er Gesetze verfasst, erstaunen die Gedanken ob der Schönheit ihrer Satzkomposition. Aber: er produziert auftragsgemäß Gesetze, obwohl alle Welt sagt, dass Deutschland eines ganz bestimmt nicht braucht, nämlich noch mehr Gesetze. Die Wirtschaft sagt das, die Bürger sagen das, auch die Politiker sagen das (sonntags). Und trotzdem werden unsere Gesetzessammlungen immer dicker. Aufgrund einer Anfrage eines Abgeordneten hat das Bundesjustizministerium kürzlich bestätigt: Von 23.167 Gesetzen und Verordnungen zwischen 1998 und 2004 hätten fast 19.000 aus Brüssel gestammt. Der Bundestag habe nur 4.250 Vorlagen verabschiedet. Rein marktwirtschaftlich führt dies unweigerlich zu der Frage: Wozu ein Unternehmen fortführen, das die Produktion zu über 80 % von einer Fremdfirma erledigen lässt?

Oder wird gar daran gedacht, Personal im „Unternehmen Gesetzgeber“ abzubauen, das so eifrig die Kundenwünsche ignoriert? Oder sinken die Gehälter der Mitarbeiter? Nein. Gibt es eine Produkthaftung für misslungene Gesetze oder Prospekthaftung für nicht gehaltene Zusagen in Wahlkampfbroschüren? Nein. Für die oberen Ebenen von Staat und Verwaltung gilt also nicht das, was für die unteren gelten soll: Marktwirtschaft und Wettbewerb. Und trotz dieses Widerspruchs im selben System gibt es sogar eine Gemeinsamkeit zwischen öffentlichen und privaten TOP-Managern: Wer den Wagen an die Wand fährt, hat anschließend viel mehr Freizeit, aber trotzdem keine Finanzsorgen, im Gegenteil. Vielleicht ja sogar einen neuen Traumjob, und sei es nur als „Türöffner“.

Markt oder Macht also, das ist die Frage. Ein bisschen schwanger geht eben nicht. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die in Baden-Württemberg verordnete Verwaltungsreform zwar von oben diktiert, aber unten umgesetzt und, ich bin mir sicher, nur dort auch bewältigt werden kann.

Nur 4 % der Bundesbürger also vertrauen nach oben genannter Studie den Parteien. Der SPIEGEL kommt bei seiner Umfrage immerhin auf 7 %.

Allerdings schnitt der Discounter ALDI bei dieser Untersuchung rund 7 mal besser ab. Es gibt also noch einiges zu tun. „Je mehr Gesetz, desto weniger Recht“, heißt es. Da ist offensichtlich etwas dran. Vielleicht sind wir daran ja auch ein bisschen selbst mit Schuld. Die Anträge z. B., ein Verkehrsschild in unserer Gemeinde abzubauen, sind eher selten; viel häufiger dagegen aber solche, ein neues aufzustellen.

Aber jetzt mal im Ernst: Im Koalitionsvertrag, also der Mutter aller künftigen Gesetze und Verordnungen, steht aus kommunaler Sicht nicht nur Negatives. Die Gewerbesteuer soll zumindest kurzfristig nicht abgeschafft und die Föderalismusreform umgesetzt werden. Es soll, wenn man dem Glauben schenken darf, künftig wie in den Niederlanden einen Bürokratie TÜV geben, der alle Gesetze auf ihre Kosten überprüft. Der Bund möchte sich auch (zunächst) an den Unterkunftskosten von Hartz IV beteiligen und will, man höre und staune, an dem Ziel der Entlastung der Kommunen in Höhe von jährlich 2,5 Mrd. € festhalten. Allerdings war dieser Tage in der Presse das Gegenteil zu lesen. Arbeitsminister Müntefering möchte übermorgen dem Kabinett einen Gesetzesentwurf vorlegen, wonach der Bund künftig nur noch 15 % statt 29 % der Unterkunftskosten übernimmt. Wie man so das gesteckte Ziel erreichen will, ist nicht nur mir schleierhaft. Wer soll, falls dies misslingt, dann die Kinderbetreuung bezahlen?

Die Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt in ihrem Geschäftsbericht, dass die baden-württembergischen Kommunen trotz angespannter Finanzlage ihre Aufgaben insgesamt gesetzmäßig, wirtschaftlich und auf immer noch hohem Leistungsniveau erfüllen. Man hat aber auch festgestellt, dass Einsparungen gerade beim Personal bereits hin und wieder Auswirkungen auf die Qualität der Verwaltungsleistungen hatten. Die Spielräume, so die GPA, seien weithin ausgereizt. Teilweise musste sogar empfohlen werden, zur Aufarbeitung von Rückständen – zumindest vorübergehend – zusätzliches Personal einzusetzen. Die andauernde schlechte Haushaltslage zwingt zu weiteren schmerzhaften Schritten. In den letzten Jahren wurden zunehmend Instandhaltungs- oder Sanierungsmaßnahmen auf künftige Jahre verschoben. Freiwilligkeitsleistungen wurden gekürzt oder völlig gestrichen. Mancherorts werden ganze Einrichtungen geschlossen. Es gibt aber, so auch in Dettingen, erfolgreiche Beispiele für Innovation und ehrenamtliches Engagement im eigentlichen Sinne der kommunalen Selbstverwaltung.

Zwar hat sich das Gewerbesteueraufkommen stabilisiert, allerdings fehlen Einkommensteuer und Umsatzsteuer. Die Einnahmen sind jedoch nur eine Seite der Medaille. Die Erfolge aller Kommunen bei den Sach- und Personalausgaben werden sehr schnell aufgeessen von rekordverdächtigen Sozialausgaben. Ein Ende ist hierbei nicht in Sicht, Steigerungsraten von jährlich bis zu 5 % sind die Regel. 2004 mussten die baden-württembergischen Kommunen deshalb gegenüber dem Vorjahr 158 Mio. € mehr an Kreisumlagen aufbringen.

Für den Kreis Esslingen bedeutet dies, dass die Steuerkraft 2006 in etwa der von 2001 entspricht, die zu zahlende Kreisumlage aber allein in diesen fünf Jahren um 32 Mio. €, also 21 % angestiegen ist, sofern der Kreistag am Donnerstag dem Vorschlag des Landrats folgt. Die Einnahmeentwicklung der Städte und Gemeinden hält also mit dem vom Staat diktierten Ausgabenwachstum nicht mehr mit. Schätzungen des Landkreistages zufolge werden um das Jahr 2020 Kreisumlage und Finanzausgleichsumlage die kommunale Steuerkraft zu 100 % und mehr in Anspruch nehmen. Dazu kommen, daran haben wir uns fast schon gewöhnt, Raubzüge des Landes und, als hätte man nichts kapiert, regionale Luftschlösser. Jetzt will man ernsthaft eine neue Sportagentur zur Akquisition von Großsportveranstaltungen für 250.000 €. Jährlich, versteht sich.

Ein neues Haushaltsrecht droht, nach dem wir uns den Wertverlust unserer Einrichtungen künftig direkt und zeitnah über Abschreibungen vom Bürger bezahlen lassen sollen. Wer dann künftig noch unsere Schloßberghalle mieten oder sich in der Sporthalle fit halten soll bzw. wer sich dies noch leisten kann, diese Frage kann uns aber keiner der Verantwortlichen bislang beantworten. Bezeichnend ist wieder einmal, dass diese neue Rechnung für das Land selbst nicht gelten soll.

Die Pflicht zur Kanalsanierung wird von der Kommunalaufsicht ungeachtet aller Finanzprobleme unerbittlich und beinhart verfolgt. Und ganz aktuell (siehe TOP 3) fordern nun auch unsere zweibeinigen gefiederten Freunde eine komfortable kommunale Landschafts-Infrastruktur, obwohl sie bei uns nur, für drei Monate im Jahr, ihren Zweitwohnsitz haben. Da fragt man sich in der Tat, warum die kommunale Selbstverwaltung eigentlich noch im Grundgesetz steht.

Ein Sprichwort sagt: „Entscheidend ist nicht, was Dir passiert, sondern was Du daraus machst.“ Weil wir also die Rahmenbedingungen nicht ändern können, müssen wir nach eigenen Möglichkeiten suchen, um strukturelle Verbesserungen zu erreichen und unseren geringen Handlungsspielraum zumindest zu sichern.

Auf die Konsolidierungsmaßnahmen der letzten 10 Jahre muss ich sicher nicht näher eingehen. Unsere Personalausgaben liegen sogar noch unter denen von 2001. Bei der Unterhaltung unserer Einrichtungen und bei den Geschäftsausgaben liegen wir ebenfalls erheblich unter den Ansätzen von vor 5 Jahren. Durch gezielte Investitionen haben wir außerdem deutliche Einsparungen beim Energieverbrauch erzielt.

Regelmäßig, so auch in den letzten Monaten, werden alle Gebührenhaushalte überprüft und das Ziel verfolgt, Defizite abzubauen. Dabei ist unser größtes finanzielles Problem das Hallenbad. Es ist müßig, festzustellen, dass wir ohne diese Einrichtung schwarze Zahlen schreiben würden. Dennoch müssen wir uns überlegen, ob es gerechtfertigt ist, neben dem Schul- und Vereinsschwimmen auch noch auswärtige Besucher in dem Maße wie bisher zu subventionieren. Ich hoffe, dass wir zu Beginn des nächsten Jahres den Förderverein gründen und zusammen mit dem Gemeinderat neue Ziele zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit definieren und auch umsetzen können. In den letzten Monaten haben wir mit einem privaten Betreiber Verhandlungen geführt. Nun liegt ein Angebot auf dem Tisch, mit dem wir unser Defizit deutlich verringern könnten. Darüber werden wir dringend im neuen Jahr zu diskutieren haben.

Meine Damen und Herren,
die Gemeinde Dettingen ist seit vielen Jahrzehnten bekannt dafür, dass alle Steuersätze, selbst im regionalen Vergleich, immer am unteren Ende lagen. Dies war in guten Zeiten so gewollt und ein wichtiger Standortfaktor für unsere Bürger und unsere Unternehmen. Andererseits ist es dadurch nicht gelungen, üppige Rücklagen für schlechte Zeiten anzusparen. Dies ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Wir haben versucht, wirtschaftliche Schwankungen auszugleichen und verlässliche und stabile Finanzgrundlagen zu gewährleisten. Dies zeigt sich auch daran, dass wir das laufende Defizit der Jahre 2001 und 2002 von insgesamt 1,8 Mio. € nicht sofort auf unsere Bürger abgewälzt, sondern durch Entnahmen aus unseren Rücklagen geschultert haben. Dies alles in der Hoffnung, dass der Staat dafür sorgt, dass erhebliche strukturelle Verbesserungen kommen und uns nicht noch mehr Aufgaben ohne die erforderlichen Finanzmittel aufgelastet werden. Alles in allem kann man sagen, dass die Gemeinde Dettingen diesbezüglich äußerst verantwortungsvoll, behutsam und auch sehr solidarisch gehandelt hat. Dies muss man objektiv anerkennen.

Das Wort „Steuer“ (althochdeutsch Stiura) allerdings bedeutet aber auch Stütze im Sinne von Unterstützung, Hilfe oder Beihilfe. Nun benötigt die Gemeinde, besser gesagt die Gemeinschaft, dringender denn je die Unterstützung durch jeden Einzelnen. Steuern sind die Haupteinnahmequelle eines modernen Staates und das wichtigste Instrument zur Finanzierung staatlicher Aufgaben. Insbesondere gewährleisten sie die Schaffung, Verbesserung und Aufrechterhaltung der Infrastruktur. Steuern sind aber auch immer ein Streitpunkt. Schon deshalb, weil man dafür keine unmittelbare Gegenleistung bekommt. Wenn dem Staat selbst nichts Besseres einfällt, erhöht er einfach die Steuern, anstatt effizienter und wirtschaftlicher zu werden. Diesen häufig erhobenen Verdacht muss man entkräften, bevor man Steuern erhöht. Das ist uns allen klar. Ich meine aber, wir können, angesichts massiver und nachweisbarer eigener Anstrengungen der letzten Jahre, die Notwendigkeit von Steuererhöhungen als letztes Mittel plausibel begründen.

Wir müssen deshalb, und das schlage ich Ihnen heute vor, unsere Steuersätze dringend anpassen.

Grundsteuer A 300 auf 320
Grundsteuer B 300 auf 350
Gewerbesteuer 340 auf 350

Die Kommunalaufsicht verlangt von uns, dass wir bis 2009 insgesamt 1,1 Mio. in die Kanalsanierung stecken. Insbesondere der alte Guckenrain gleicht leitungstechnisch einem Totalschaden. Im Prinzip habe ich dafür Verständnis, allerdings vermissen ich hier die Rücksichtnahme auf die derzeitigen kommunalen Finanzprobleme. Und noch schlimmer: die Gemeindeprüfungsanstalt verlangt, dass die Ansätze hierfür, 2006 allein 250.000 €, im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen sind. Da muss man sich über diese finanzielle Schieflage nicht wundern. Deshalb werden wir gleich zu Beginn des nächsten Jahres die Abwassergebühren deutlich erhöhen müssen.

Trotz der Steuererhöhung reicht es nur zu einer Zuführung von knapp 11.000 €. Nach Abzug der Schuldentilgung verbleibt ein Minus von 154.500 €. Kompensieren können wir das nur durch Grundstückserlöse. Von Nettoinvestitionsrate also bis auf weiteres keine Spur.

Meine Damen und Herren, falls Sie sich jetzt fragen, wo der Bürgermeister oder die Kämmerin in diesem Haushaltsentwurf Geld versteckt oder Ansätze vorsätzlich schlecht gerechnet haben, muss ich Sie enttäuschen. Es handelt sich um Fakten, an deren Erkenntnis kein Weg vorbei führt. Ich bitte Sie eindringlich und ich erwarte, dass wir uns alle dieser Situation stellen und danach handeln. Es macht absolut keinen Spaß, Steuern zu erhöhen. Selbst wenn wir auch nach der Erhöhung im interkommunalen Vergleich immer noch nur im Mittelfeld liegen. Aber jeder, der gegen diese Steuererhöhung ist, der muss seinen Kolleginnen und Kollegen und vor allem der Bürgerschaft sagen, welche Alternativen oder welche Einschnitte sonst in Frage kommen. Ich behaupte nicht, dass meine Vorschläge die besten und einzig möglichen seien. Insoweit erwarte ich eine kontroverse, aber bitte schön faire, Auseinandersetzung bei der Suche nach der verträglichsten Lösung für unsere Gemeinde und ihre Einwohner.

Der Vermögenshaushalt 2006 ist dementsprechend dünn wie noch nie. Wir müssen Sporthalle und Hallenbad an die Nahwärmeversorgung anschließen, in die Erhaltung der Schulen investieren und, soweit Sie dies beschließen, die Gemeindeverbindungsstraße nach Owen und den Sitzungssaal im Rathaus (LSP) sanieren. Für den Bahnhofsplatz haben wir eine Planungsrate (LSP) eingestellt.

Dennoch müssen wir einen Kredit von über 720.000 € aufnehmen, um dieses Minimalprogramm zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, Sie finden in dem Entwurf keinen Ansatz für einen Fußgängersteg oder einen Umbau der Unterführung. Diese Frage entscheiden unsere Bürgerinnen und Bürger am 26. März. Nach dem Haushaltsgrundsatz der Klarheit und Wahrheit verbietet sich hier eine Veranschlagung 2006. Ich wünsche mir auch bei diesem Thema eine in der Sache zwar harte, aber faire Auseinandersetzung. Wie es auch immer ausgehen wird, die positiven Stimmen aus unserer Bevölkerung darüber, dass zu einem solch bedeutenden Thema direkt die Bürgerschaft gefragt wird, überwiegen deutlich. Über diese Bestätigung unseres einstimmigen und richtigen Gemeinderatsbeschlusses dürfen Sie sich zu Recht freuen.

Freuen dürfen wir uns auch darüber, dass wir uns trotz aller Sorgen und Nöte, oder gerade deshalb, auf unsere ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger immer verlassen können. Dies haben die Auszeichnungen am heutigen Abend, die 100 Weihnachtsmänner am Samstag oder auch kürzlich der „Tag des Ehrenamtes“ deutlich unter Beweis gestellt. Mit dem Gemeindeforum DABEI, Forum Altern, dem Altenhilfeplan, und ich hoffe, auch mit einem Förderverein Hallenbad, werden wir, da bin ich mir sicher, diese Herausforderungen, wie bisher auch, gemeinsam und solidarisch bewältigen.